

Zurück in die Zukunft

Thailand vier Monate nach dem Putsch

Gerhard Will

Vier Monate nach ihrem Staatsstreich sehen sich die Militärs mit einer Reihe von Misserfolgen konfrontiert. Der politische Rückhalt, den sie unmittelbar nach der Machtübernahme genossen hatten, ist massiv erodiert und die wirtschaftliche Entwicklung hat weiter an Schwung verloren. Nicht nur Thaksin-Anhänger, sondern auch Mitglieder der einstigen Anti-Thaksin-Koalition fordern von den neuen Machthabern entscheidende Kurskorrekturen. Von der »Wiederherstellung der Einheit der Nation«, mit der die Generäle ihr Vorgehen legitimiert hatten, scheint Thailand heute weiter entfernt zu sein als im September 2006.

Seit der Abschaffung der absoluten Monarchie im Jahre 1932 hat Thailand 18 Militärputsche erlebt, aber nur wenige sind so unblutig verlaufen wie der Putsch vom 19. September 2006. Während die USA und die EU die gewaltsame Amtsenthebung des demokratisch gewählten Premiers Thaksin Shinawatra gerügt und die rasche Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse gefordert hatten, regte sich im Land selbst kaum offene Kritik oder gar Widerstand gegen die Machtübernahme der Militärs, deren Vorgehen offensichtlich die Unterstützung des Königs erhielt.

Bereits in seinen ersten Verlautbarungen versicherte der Anführer des Coups, General Sonthi Boonyaratthakalin, dass die Herrschaft des Militärs von begrenzter Dauer sein würde und nur dem Ziel diene, Thaksins Herrschaftssystem zu beenden und demokratischen Grundsätzen wieder Gel-

tung zu verschaffen. Thaksin habe das politische und gesellschaftliche System Thailands korrumpiert, um sich persönlich zu bereichern. Durch seine Politik seien die gewaltsamen Konflikte im Süden des Landes dramatisch eskaliert und die Nation gespalten worden. Diese Entwicklung habe nicht zuletzt den König »tief betrübt«. Es sei daher Aufgabe des Militärs gewesen, den König »seiner Sorgen zu entheben«. Folgerichtig bezeichnete sich die Junta zunächst als »Rat für demokratische Reformen unter der Schirmherrschaft des Königs«.

Proklamierte Ziele

Um den innenpolitischen Frieden langfristig zu sichern und den Weg für eine demokratische Neuordnung freizumachen, wurde folgenden Maßnahmen höchste Priorität geboten:

- ▶ Systematische Erfassung der von Thaksin und seinen Gefolgsleuten begangenen Straftaten, der Fälle von Amtsmissbrauch, Steuerhinterziehung und Geldwäsche, um vor einem ordentlichen Gericht Anklage gegen die involvierten Personen erheben zu können.
- ▶ Übergabe der Regierungsgewalt an eine zivile Regierung, die alle notwendigen Schritte unternehmen sollte, um die Aufgaben der Übergangsperiode zügig zu erledigen. Hierfür wurde ein Zeitraum von einem Jahr veranschlagt. Demnach könnten im Oktober 2007 Neuwahlen stattfinden, aus denen dann eine demokratisch legitimierte Regierung hervorgehen würde.
- ▶ Ein Politikwechsel in den südlichen Provinzen, um die dortigen Auseinandersetzungen, die bereits mehrere hundert Todesopfer gefordert hatten, zu beenden und ein friedliches Zusammenleben zwischen den muslimischen und buddhistischen Bevölkerungsgruppen zu ermöglichen.
- ▶ Erarbeitung einer neuen Verfassung, da die Verfassung von 1997 dem abgesetzten Ministerpräsidenten zu viele Möglichkeiten geboten hatte, seine Amtsgewalt zu missbrauchen und die demokratischen Prinzipien der Verfassung ad absurdum zu führen.

Dieses Programm fand bei der Mehrheit der städtischen Bevölkerung wie auch bei Vertretern der Wirtschaft überwiegend positive Resonanz. Die turbulenten politischen Entwicklungen des 19. und 20. September schlugen sich daher auch nicht in entsprechenden Börsenbewegungen nieder. Thailändische wie ausländische Unternehmer betrachteten die wirtschaftliche Zukunft mit neuem Optimismus. Ein unliebsamer Konkurrent, der sein öffentliches Amt immer dreister in den Dienst seiner wirtschaftlichen Interessen gestellt hatte, war ausgeschaltet worden und man konnte von den Militärs eine Stabilisierung der innenpolitischen Situation erhoffen, die seit dem Frühjahr 2006 von großer Unruhe gekennzeichnet war. Dies hatte auch in der

Bangkoker Geschäftswelt eine gewisse Nervosität hervorgerufen und nicht zuletzt einen leichten Rückgang des Wirtschaftswachstums bewirkt.

Erste Maßnahmen

Die Generäle zögerten nicht, ihre Entschlossenheit unter Beweis zu stellen und den oben skizzierten Aufgabenkatalog in die Tat umzusetzen. Innerhalb weniger Tage verloren die engsten Vertrauten Thaksins ihre öffentlichen Ämter, einige wenige stellte man unter Hausarrest. Am 30. September wurde das »Assets Examination Committee« (AEC) ins Leben gerufen, das im Detail untersuchen und aufdecken sollte, in welchen Bereichen und Projekten Thaksin und seine Gefolgsleute sich finanzielle Vorteile verschafft und Gesetzesverstöße begangen hatten. Alle staatlichen Dienststellen waren angewiesen, dem AEC jede gewünschte Hilfestellung zu geben, um eine baldige Anklageerhebung zu ermöglichen.

Anfang Oktober beauftragten die Militärs den ehemaligen Oberbefehlshaber der Armee, Surayud Chulanont, mit der Bildung einer zivilen Regierung. Obgleich mit Surayud ein General zum neuen Regierungschef nominiert worden war, zweifelte kaum jemand daran, dass er dieses Amt mit der notwendigen Unabhängigkeit und Kompetenz ausüben würde. Dieses Vertrauen wurde durch die Auswahl seiner Minister gestärkt. Meist handelte es sich um ausgewiesene Experten, denen man zugute hielt, bislang nicht in die Machenschaften und Netzwerke thailändischer Politik verstrickt gewesen zu sei; allen voran der neue Finanzminister, Pridiyathorn Devakula, der sich als Zentralbankchef nationales wie internationales Ansehen erworben hatte.

Noch während der Amtszeit Thaksins – wenn auch ohne sein Wissen – hatte der damalige Armeechef und spätere Anführer des Putsches vom 19. September, General Sonthi, der als erster Muslim zum Oberbefehlshaber der thailändischen Streitkräfte ernannt worden war, geheime Gespräche zwischen Vertretern des thailändischen

Militärs und der muslimischen Gruppierungen initiiert. Der von Sonthi ernannte Regierungschef General Surayud besuchte in den ersten Novemberwochen wiederholt die südlichen Provinzen, entschuldigte sich öffentlich für das brutale Vorgehen der thailändischen Polizeikräfte, suchte das Gespräch mit der dortigen studentischen Opposition und bot ihr staatliche Unterstützung an, wenn sie sich im Gegenzug bereit erklärte, der Gewalt abzuschwören. Die Abkehr von der Politik Thaksins, der ohne große Kenntnis der Verhältnisse vor Ort ausschließlich auf den rücksichtslosen Einsatz der von ihm kontrollierten Polizeieinheiten gesetzt hatte, hätte kaum deutlicher ausfallen können.

Erste Fehlschläge

Die großen Hoffnungen, die die ersten Schritte der Regierung geweckt hatten, wichen in den darauf folgenden Monaten einer weitgehenden Ernüchterung. Das AEC, das eingesetzt worden war, die gegen Thaksin erhobenen Vorwürfe zu untersuchen und juristisch verwertbare Tatbestände zu sammeln, konnte auch vier Monate nach seiner Einsetzung keine substantiellen Ergebnisse vorlegen. Einige Beobachter führen dies darauf zurück, dass Thaksin zu geschickt vorgegangen sei, um strafrechtlich belangt werden zu können. Andere bemängeln, das AEC sei zu legalistisch verfahren und seine Vollmachten hätten nicht ausgereicht, um effizient zu ermitteln. Es wurde aber auch die Vermutung geäußert, dass bei einer allzu eingehenden Untersuchung nicht nur Thaksin und seine Vertrauten, sondern auch Personen als Mittäter unter Verdacht geraten wären, die sich spätestens nach dem 19. September 2006 als seine Gegner zu profilieren versuchten und wenig Interesse an einer lückenlosen Aufklärung dieser illegalen Machenschaften hatten.

Die Versammlung, die einberufen worden war, um eine neue Verfassung auszuarbeiten, hielt sich mehrere Monate damit auf, die entsprechenden Unterausschüsse

bzw. das eigentliche Entwurfskomitee zu konstituieren. Das Komitee wird nun erst im Februar seine Arbeit aufnehmen können. Gegen den Widerstand der 35 Mitglieder dieses Gremiums wurde der ehemalige Geheimdienstchef, Prasong Soon-siri, zum Vorsitzenden bestimmt. Die wenigen Vorstellungen über die neue Verfassung, die aus dem Kreis der Generäle geäußert wurden, haben in der politischen Öffentlichkeit allerdings für einige Unruhe gesorgt.

Denn offenbar geht es den neuen Machhabern nicht um geringfügige Korrekturen der Verfassung von 1997, sondern um eine sehr viel tiefer gehende Revision einer Verfassung, die allgemein als die demokratischste in der Geschichte Thailands gilt. Immer lauter werden Befürchtungen, dass die Verfassungsreform dazu dienen soll, den Repräsentanten des Militärs wie des alten Establishments in Politik und Verwaltung, von Duncan McCargo treffend als »Netzwerk-Monarchie« bezeichnet, politischen Einfluss und Vorrechte zu sichern, die nicht an das Wählervotum gebunden sind. Inwieweit diese Vorwürfe tatsächlich gerechtfertigt sind, ist schwer zu verifizieren, da es derzeit keine öffentliche Debatte über die Prinzipien und Detailfragen der neuen Verfassung gibt.

Die mit großem Engagement gestarteten Bemühungen um eine Beilegung der blutigen Konflikte in den vorwiegend muslimisch bewohnten Provinzen, die öffentlichen Entschuldigungen für das brutale Vorgehen der thailändischen Polizeikräfte und die Gesprächs- und Kooperationsangebote stießen jedenfalls nicht auf die erhoffte Resonanz. Im Gegenteil: Staatliche Schulen und Siedlungen mit einem hohen Anteil an Zuwanderern aus anderen Gebieten Thailands sehen sich vermehrt brutalen Brand- und Mordanschlägen ausgesetzt. Mehr als 70 Lehrerinnen und Lehrer wurden zum Teil vor den Augen ihrer Schüler bestialisch ermordet. Über 120 Schulen gingen in Flammen auf.

Offensichtlich hat die Eskalation der Gewalt in den vergangenen Jahren einer

neuen Generation unter den muslimischen Rebellen großen Einfluss verschafft. Sie sieht in den Gesprächsangeboten der neuen Führung in Bangkok nur ein taktisches Manöver und versucht sie daher zu torpedieren. Ihre Wortführer wollen nicht länger Teil eines buddhistisch geprägten und von Bangkok aus regierten Staates sein und sich mit jenem »korrupten Frieden« abfinden, der in den vergangenen Jahrzehnten die vorhandenen Spannungen in Grenzen gehalten hatte. Stattdessen fordern sie einen Autonomiestatus, der mit dem nationalen Selbstverständnis einer thailändischen Regierung jedoch nicht zu vereinbaren ist. Angesichts dieser unüberbrückbaren Frontstellung bleibt für Kompromisse derzeit wenig Raum.

Festigung der eigenen Machtposition

Die geringen Erfolge in jenen Aufgabefeldern, mit denen die Generäle ihren Staatsstreich gerechtfertigt hatten, stehen in auffallendem Gegensatz zu der Zügigkeit und Effizienz, mit der sie ihre Machtposition gestärkt und ausgebaut haben. Hatte sich die Junta unmittelbar nach der Machtübernahme als »Rat für Verwaltungsreformen« und »Rat für demokratische Reformen« bezeichnet, so signalisierte wenige Wochen später die Umbenennung in »Council for National Security« (CNS) eine neue Prioritätensetzung. Auch nach dem Anfang Oktober eine zivile Regierung ernannt worden war, ließ der CNS keine Zweifel daran aufkommen, dass er dieser Regierung nur eine untergeordnete Funktion zubilligte. Letztere konnte daher kaum eigenes Profil gewinnen und wirkte häufig unentschlossen, da sich der CNS die Entscheidungsgewalt in allen wichtigen Fragen vorbehielt.

Der Zugang zu den materiellen Ressourcen des Staates, den man sich durch den Staatsstreich eröffnet hatte, wurde dagegen ausgiebig genutzt. Hochrangige Offiziere erhielten führende und entsprechend dotierte Positionen in den Staatsbetrieben.

Der Verteidigungsetat, der in den fünf Jahren der Amtszeit Thaksins bei 1,9 Milliarden US-Dollar stagniert war, wurde Anfang Dezember um 38 Prozent erhöht. Mit der planmäßigen Umorganisation des Polizeiparates, die Thaksin systematisch zu seiner Machtbastion ausgebaut hatte, entledigte sich die Armee des einzigen ernsthaften Konkurrenten im Bereich der nationalen Sicherheit. Um hier effizienter eingreifen zu können, schuf der CNS die »Special Operations Force«, eine 14 000 Mann starke Spezialtruppe, die ausschließlich für den Einsatz im Inland vorgesehen ist.

Acht Bombenanschläge am Silvesterabend 2006, die nahezu gleichzeitig an verschiedenen Stellen Bangkoks verübt worden waren und neben vier Todesopfern vierzig Verletzte forderten, machten auf schmerzliche Weise die Defizite dieses neuen Sicherheitsapparates deutlich. Bislang war er zudem nicht in der Lage, die Hintergründe dieser Anschläge aufzuklären und die Schuldigen dingfest zu machen. Dennoch versuchte der CNS mit diesen Anschlägen eine Forcierung seiner Anstrengungen auf diesem Gebiet zu rechtfertigen.

Politische Schwäche

Im Vertrauen auf die wohlwollende Unterstützung des Königs und dessen unangefochtene Autorität hatte die neue Staatsführung lange darauf verzichtet, eine eigene Strategie für die politische Auseinandersetzung zu entwickeln und zu verwirklichen. Auf Kritik, die sich in dem Maße verstärkte, in dem ihre Versäumnisse deutlicher wurden, reagierten die Militärs nicht mit Argumenten, sondern verließen sich zusehends auf die ihnen zur Verfügung stehenden Machtmittel.

In den ländlichen Gebieten, in denen Thaksin nach wie vor großes Ansehen genießt, gilt weiterhin das Kriegsrecht. Lokale Rundfunkstationen wurden geschlossen und man drohte den Dorfbewohnern, die Kredite zu kündigen, die sie unter Thaksin erhalten hatten, wenn sie sich weiterhin für den abgesetzten Ministerpräsidenten

stark machten. Der Erfolg dieser Drohungen war lediglich, dass bei großen Teilen der ländlichen Bevölkerung die Sympathie für Thaksin weiter wächst und seine Herrschaft nostalgisch verklärt wird

Journalisten, die kritisch über die Arbeit der Regierung oder auch nur über die Reiseaktivitäten des abgesetzten Ministerpräsidenten berichten, sehen sich steigendem Druck ausgesetzt. Zunächst warnte man nur vor gefährlichen »Unterströmungen«, denen man kein publizistisches Forum bieten dürfe. Anfang Januar wurden dann rund 50 Rundfunk-Journalisten in das Armee-Hauptquartier einbestellt und dafür gerügt, dass sie die Stellungnahmen von Thaksins Anwälten zu den Bombenanschlägen am Silvesterabend wiedergegeben hatten. Beide Seiten berichteten mit höchst unterschiedlichem Tenor von diesem Treffen: Während die Vertreter der Armee betonten, man habe lediglich um die freundliche Kooperation der Medienvertreter nachgesucht, erklärten die vorgeladenen Journalisten, es habe sich schlicht um einen massiven Einschüchterungsversuch gehandelt, mit dem zumindest die Mitarbeiter der staatlichen Rundfunkanstalten auf Linie gebracht werden sollten.

Thaksin schürt geschickt die Nervosität und Unsicherheit seiner Widersacher, indem er überlegene Gelassenheit zur Schau stellt. Quer durch europäische und asiatische Metropolen reisend und häufig von einem Pulk von Reportern umgeben zeigte er sich in den ersten Monaten nach seinem Sturz eher wortkarg und erklärte wiederholt, dass er keinen Drang verspürt, in die Politik zurückzukehren, und schlicht sein Leben als Privatmann genießen möchte. In seinen ersten längeren Interviews, die er Mitte Januar in Singapur dem *Wall Street Journal* und *CNN* gab, bezeichnete er die Vorwürfe, er stecke hinter den Anschlägen vom Silvesterabend, als absurd. Stattdessen forderte er mit staatsmännischem Understatement, alle politischen Kräfte Thailands müssten sich nun die Hand zur Versöhnung reichen und wieder Vertrauen zu-

einander fassen, um möglichst rasch zu demokratischen und verfassungsgemäßen Verhältnissen zurückzukehren. Die Reaktionen Bangkoks – der Entzug seines Diplomaten-Passes und diplomatisch kaum verbräunte Attacken auf die Regierung Singapurs, die derartige Medienauftritte und Zusammenkünfte Thaksins mit hochrangigen Repräsentanten des Stadtstaates nicht unterbunden hatte – wirkten hilflos und waren kontraproduktiv.

Wirtschaftliche Turbulenzen

Ein Exportwachstum um fast 16 Prozent hatte Thailand im Jahr 2006 auch eine beträchtliche Steigerung seiner Deviseneinnahmen gebracht. Der vermehrte Zufluss ausländischer Währung zum Jahresende beruhte indes nicht so sehr auf höheren Exporterlösen als auf spekulativen Transaktionen, die auf einen steigenden Bath und einen sinkenden Dollar setzten. Waren im November im Wochendurchschnitt rund 300 Mio. US-Dollar an ausländischem Kapital nach Thailand gekommen, so verdreifachte sich diese Summe in der ersten Dezemberwoche auf 900 Mio. US-Dollar. Der Wert des Bath gegenüber dem Dollar hatte sich damit seit Jahresbeginn um 15 Prozent erhöht.

Die spekulativen Transaktionen zogen zwangsläufig eine Verteuerung der thailändischen Exporte nach sich. Die Regierung erließ daher am 18. Dezember eine Verordnung, nach der 30 Prozent des Betrages jeder Auslandsüberweisung, die 20 000 US-Dollar übersteigt, zinslos für ein Jahr auf einer thailändischen Bank deponiert werden mussten. Diese faktische Kapitalverkehrssteuer bewirkte binnen eines Tages den Verfall des thailändischen Aktienindex um 14,8 Prozent; nicht einmal während der Asienkrise hatte es einen solch dramatischen Kurssturz gegeben. Nachdem die für den Erwerb von Aktien und Immobilien verwendeten Mittel von dieser Regelung ausgenommen worden waren, erholte sich der Kurs zwar ein wenig, erreichte aber nicht mehr das vorherige Niveau.

Neue Bestimmungen für Direktinvestitionen, die Anfang Januar erlassen wurden, verstärkten diesen negativen Trend. Die bis dato geltenden Regelungen untersagten bereits eine ausländische Beteiligung von Unternehmen im Bereich der Nationalen Sicherheit und begrenzten den ausländischen Kapitalanteil in allen anderen Bereichen auf maximal 49 Prozent. Diese Restriktion konnte jedoch leicht durch die Gründung thailändischer Tochtergesellschaften umgangen werden, die dann als Teilhaber die Interessen der ausländischen Kapitalgeber vertraten. Schätzungsweise 90 Prozent der etwa 14 000 Joint-Venture-Unternehmen bedienen sich dieser »Strohmann-Konstruktion«. Sie wurden nun aufgefordert, in den kommenden ein bis zwei Jahren ihren Kapital- und Stimmenanteil auf die gesetzlich vorgeschriebenen 49 Prozent zu reduzieren. Auch wenn der thailändischen Finanzminister und frühere Zentralbankchef, Pridiyathorn, versicherte, mit dieser Maßnahme sollten die rechtlichen Voraussetzungen für Auslandsbeteiligungen verbessert und keine protektionistische Politik durchgesetzt werden, wirkte dies wenig überzeugend.

Zumal fast gleichzeitig mit den oben genannte Regelungen der neue »Human Development Report« für Thailand erschien, den der neue Ministerpräsident Surayud eigens mit einem lobenden Vorwort versehen hatte. Kernstück dieses Berichts ist das Konzept einer »Sufficiency Economy«, mit dem sich Thailand erfolgreich gegen die Schocks einer exzessiven Globalisierung schützen könne. Ausdrücklich nimmt der Bericht Bezug auf die von König Bhumipol seit geraumer Zeit initiierten Projekte in den ländlichen Gebieten. Sie werden als Keimzellen einer »selbstgenügsamen« Wirtschaftsentwicklung propagiert, die sich nicht an dem Leitbild eines ungestümen und unkontrollierten Wachstums, sondern an dem des Glücks in der Bescheidenheit orientiert. Obgleich wiederholt betont wird, dass es nicht um eine Abschottung vom Weltmarkt, sondern lediglich um das richtige Management der

Globalisierung gehe, sehen nicht wenige in diesen Vorstellungen eine klare Absage an jenes Modell exportorientierten Wachstums, das Thailand in den vergangenen 40 Jahren hohe Wachstumsraten beschert hatte.

Die unklaren und widersprüchlichen Vorgaben, von einigen Kommentatoren euphemistisch als »philosophical gap« bezeichnet, haben in den vergangenen Monaten zwar noch nicht zu dramatischen Einbrüchen, aber doch zu einer weiteren Abflachung des wirtschaftlichen Wachstums geführt. Mit einem Minus von drei Prozent im Verlauf des Januars rangiert der thailändische Aktienindex auf dem vorletzten Platz aller asiatischen Börsen. Aufgrund einer Zurückstufung durch internationale Rating-Agenturen sind derzeit auch keine nennenswerten Neuinvestitionen zu erwarten. Um hier eine Kehrtwende herbeizuführen und dem Standort Thailand in einem hochkompetitiven Umfeld neue Attraktivität zu verleihen, wird die am 18. Januar verkündete Senkung der Leitzinsen nicht ausreichen.

Veränderungen im innenpolitischen Kräfteverhältnis

Während der Amtszeit Thaksins hatten sich höchst unterschiedliche Kräfte, deren politische Vorstellungen und wirtschaftliche Interessen weit auseinanderklafften, zu einer gemeinsamen Front gegen Thaksin zusammengefunden.

- ▶ Vertreter der alten Elite aus Administration, Militärführung und eng mit dem Königshaus verbundenen Kreisen sahen in Thaksins Politik einen Angriff auf die traditionellen Werte und Machtstrukturen, die ihnen ihre privilegierte Position sicherten.
- ▶ Großunternehmer wie der Medienzar Sondhi Limthongkul, die einst zu den engsten Weggefährten Thaksins gehörten, wurden zu seinen erbittertsten Gegnern und den eifrigsten Verfechtern des demokratischen Rechtsstaates, nachdem Thaksin sie bei der Erteilung von

Geschäftslizenzen oder Großaufträgen übergegangen hatte.

- ▶ Kleine und mittlere Unternehmer sowie deren leitende Angestellte hatten von der Exportorientierung Thailands in den achtziger und neunziger Jahren enorm profitiert. Die radikale neoliberale Öffnung, die Thaksin favorisierte, lehnten sie jedoch ab, teils weil ihre Betriebe der Konkurrenz nicht gewachsen waren, teils weil ihnen bewusst war, dass von dieser Öffnung vor allem Thaksin und seine Anhänger profitieren würden.
- ▶ Die vor allem in den Staatsbetrieben gewerkschaftlich gut organisierte Arbeiterschaft wehrte sich gegen Thaksins Versuche, diese Betriebe weitgehend zu privatisieren und sie dadurch ihrer mühsam errungenen Rechte und Verbesserungen des Lebensstandards zu berauben.
- ▶ Intellektuellen, Freiberuflern, kleinen und mittleren Angestellten ging es um die Verteidigung rechtsstaatlicher Grundsätze und ihrer bürgerlichen Rechte, die in der Verfassung von 1997 festgeschrieben worden waren, aber nun von Thaksin systematisch untergraben und eingeschränkt wurden.
- ▶ Zahlreiche NGOs engagierten sich für die wachsende Anzahl derjenigen, die durch Thaksins Wirtschaftspolitik marginalisiert oder durch die ökologischen Nebenfolgen der von ihm initiierten Mega-Projekte betroffen waren.

Durch die gewaltsame Absetzung Thaksins, die Außerkraftsetzung der Verfassung und die Auflösung aller Verfassungsinstitutionen – mit Ausnahme des dem König persönlich unterstellten Kronrats – hat sich das Kräfteverhältnis innerhalb der Anti-Thaksin-Koalition einseitig verschoben. Die alte Elite aus hochrangigen Bürokraten und Militärs kann sich nicht nur der unmittelbaren Unterstützung des Königshauses erfreuen, sie hat auch Zugriff auf jene Machtressource, mit deren Hilfe Thaksin aus dem Amt vertrieben wurde: die Armee.

Diese Elite verfügt jedoch über keine politische Strategie, mit der sie die hetero-

gene Front der Thaksin-Gegner erneut formieren und hinter sich bringen könnte. Der nach wie vor unüberbrückbare Gegensatz zwischen Thaksin-Anhängern und Thaksin-Gegnern und die Berufung auf die unanfechtbare Autorität des Monarchen, der allerdings durch Alter und Krankheit gezeichnet ist, verschafft den Militärs derzeit einen gewissen Handlungsspielraum. Auf Dauer wird er aber kaum ausreichen, um ihr politisches Defizit zu kaschieren.

Auch das von der neuen Regierung favorisierte Konzept einer »Sufficiency Economy« löst ein Dilemma, das ein thailändischer Publizist in die Frage fasste: »Wie öffnet man dem Ausland die Märkte, ohne den Einheimischen zu schaden?« nur auf dem Papier. Die von König Bhumipol empfohlenen »vorsichtigen Schritte zurück« zu einer »Selbstgenügsamkeit«, die traditionellen Werten wieder einen höheren Rang einräumt, entspricht vielleicht den Vorstellungen einiger auf dem Lande engagierten NGOs und den diffusen Sehnsüchten vieler Thais. Doch in ihren konkreten Lebenszielen orientieren diese sich an jener Moderne, die die Metropole Bangkok so augenfällig verkörpert. Zudem waren die ersten zaghaften Versuche, das Wirtschaftskonzept umzusetzen und korrigierend in die außenwirtschaftlichen Beziehungen einzugreifen, alles andere als erfolgreich.

Zukunftsperspektiven

Der bisherige Kurs der Putschisten hat die politischen und wirtschaftlichen Probleme Thailands eher vergrößert als verringert. Es erscheint zudem mehr als fraglich, ob bis Oktober 2007 ein neuer Verfassungsentwurf erstellt, durch einen Volksentscheid bestätigt und Neuwahlen abgehalten werden können. Aus Kreisen des Militärs war schon zu hören, dass man wohl mehr als ein Jahr benötigen werde, um alle gesetzten Aufgaben zu erledigen.

Sollte der Oktober-Termin verstreichen, ohne dass diese Ziele erreicht wären, würden sich die innenpolitischen Spannungen zweifellos erheblich verschärfen. Sieht man

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2007
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364

von der Situation im Süden ab, ist es jedoch eher unwahrscheinlich, dass es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen oder gar bürgerkriegsähnlichen Zuständen kommen wird. In den vergangenen 30 Jahren haben die politischen Gruppierungen Thailands unter Mühen und großen Opfern gelernt, ihre Interessengegensätze mit politischen Mitteln auszutragen und zu Kompromissen zu finden, selbst wenn diese sich immer wieder als brüchig erwiesen haben.

Auch die Streitkräfte hatten sich bereits mit der Rolle abgefunden, die ihnen in einem parlamentarisch kontrollierten Staat zugedacht ist. Ihr erneuter Griff nach der Macht, von vielen Beobachtern als unumgängliche Maßnahme zur Rettung der Demokratie angesehen, hat ihr Selbstwertgefühl gestärkt, das unter Thaksin schwer gelitten hatte. Ihr vordergründiger Erfolg hat sie aber auch zur Selbstüberschätzung verleitet, die allerdings nicht mit totaler Ignoranz gleichgesetzt werden sollte.

Es gibt in der Führungsspitze der Armee wie in der neuen Regierung eine Reihe erfahrener Experten, denen bewusst ist, dass die gegenwärtigen Probleme Thailands nicht mit militärischen Mitteln und Strategien zu bewältigen sind. Um sie in den Griff zu bekommen, sind vielmehr politische und ökonomische Expertise sowie eine breite gesellschaftliche Übereinkunft vonnöten. Umgekehrt ist auch bei den anderen politischen Gruppierungen die Bereitschaft zur Kooperation mit der neuen Führung vorhanden, wenn sie als gleichberechtigte Partner in die Entscheidungsfindung eingebunden und nicht als simple Befehlsempfänger angesehen werden. Obgleich schwierige Aushandlungsprozesse zu erwarten sind, geben die Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte eher Anlass zu Optimismus als zu Pessimismus.

Deutschland und die EU können diese Prozesse in zweifacher Weise begleiten. Zum einen sollten sie den Akteuren Unterstützung bei der Suche nach einem neuen gesellschaftlichen und politischen Konsens zusichern. Ein Einfrieren der Kontakte oder gar Sanktionen wären dagegen wenig för-

derlich. Vielmehr müsste von Fall zu Fall geprüft werden, ob und wie man in den einzelnen Bereichen die Entwicklung positiv beeinflussen kann. Vorstellbar wäre eine Vermittlungsmission der EU im Süden Thailands, nachdem die EU ihre diesbezügliche Kompetenz in Aceh unter Beweis gestellt hat. Bangkok hat für die Reform der Polizeikräfte bereits um internationale Kooperation nachgesucht und betont, dass es dabei nicht in erster Linie um die Zerstörung der einstigen Machtbasis Thaksins, sondern um den Aufbau einer Polizei gehe, die im Interesse der Bürger agiere und sich ihrer Kontrolle unterstelle. Die UNO hat daraufhin die Entsendung internationaler Experten zugesagt. Ebenso könnte bei anderen Reformmaßnahmen wie zum Beispiel der Ausarbeitung der Verfassung oder der Erarbeitung wirtschaftspolitischer Konzepte der Austausch von Erfahrungen und Beratung angeboten werden. Zum Zweiten muss aber auch unmissverständlich klargemacht werden, dass alle europäischen Angebote und Bemühungen an das Ziel gebunden sind, möglichst rasch demokratische Verhältnisse wiederherzustellen. Denn nur eine demokratisch legitimierte Regierung kommt als Partner für eine langfristige und enge Kooperation mit der EU in Frage.